

## Radler ins Gesicht geschlagen

Vorfall bei Musikhalle Ludwigsburg

**LUDWIGSBURG (p).** Ein 30-jähriger Radfahrer ist am Sonntag gegen 10 Uhr vor der Musikhalle in Ludwigsburg von einem unbekannten Passanten angesprochen und unvermittelt mit der Faust ins Gesicht geschlagen worden, berichtet die Polizei. Anschließend flüchtete der Angreifer in unbekannte Richtung. Der 30-Jährige musste zur Behandlung ins Krankenhaus.

Personen, die sachdienliche Hinweise geben können, werden gebeten, sich beim Polizeirevier Ludwigsburg, Telefon 0 71 41 / 18-53 53, zu melden.

## Unterschiedliche Angaben nach Unfall

**VAIHINGEN (p).** Weitere Zeugen sucht das Polizeirevier Vaihingen, Telefon 0 70 42 / 941-0, zu einem Verkehrsunfall, der sich am Samstag gegen 10.40 Uhr auf dem Parkplatz des Globus-Baumarktes in Vaihingen ereignet hat. Dort kam es beim Rangieren zum Zusammenstoß zwischen einem weißen Opel Zafira und einem schwarzen Mercedes CLK, bei dem ein Schaden von etwa 1000 Euro entstand. Die beteiligten Fahrer machen unterschiedliche Angaben zum Unfallhergang.



Das Ortsausgangsschild weiter nach oben verlegen und innerorts mit Geschwindigkeitsbegrenzungen und verkehrsbaulichen Maßnahmen arbeiten ist eine Möglichkeit, die Lärmproblematik zu lösen.

# Schnelle Lösungen gegen Motorradlärm

Steffen Bilger, Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, gestern beim Vor-Ort-Termin im Iptinger Schönblickweg.

VON STEFFEN FRIEDRICH

**IPTINGEN.** Nicht nur der Lärm von Motorradfahrern macht den Anwohnern im Schönblick in Iptingen zu schaffen; vielfach wird auf der Landesstraße auch gerast, vor allem an Wochenenden, wenn auch Ausflügler unterwegs sind. Die Bürger fordern eine Lösung für dieses Problem.

Steffen Bilger, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, CDU-Bundestagsabgeordneter Gunter Krichbaum und CDU-Landtagskandidat Philippe Singer nahmen sich deshalb gestern Morgen mehr als eine Stunde Zeit für das direkte Gespräch im Rahmen einer Begehung.

„Die Bürger wollen hier eine Lösung“, hatte Krichbaum betont. Am Ende der Begehung hat sich eine solche auch herauskristallisiert: Wenn das Ortseingangsschild versetzt und die Gemeinde zugleich Baumaßnahmen zur Reduzierung der Geschwindigkeit ergreifen würde, dann wäre alles gelöst. „Deshalb muss man jetzt schauen, dass man alle diese Maßnahmen zusammenträgt, weil nur dann das Problem schnell und effektiv gelöst werden kann“, betonte Krichbaum.

Es ist ein Problem, das die Anwohner schon lange beschäftigt. Der Verkehrslärm werde bisweilen unerträglich, auch wenn es am Ende des Tages nur ein kleiner Prozentsatz an Motorradfahrern ist, die ihre Fahrzeuge so frisiert haben, dass die Grenzen des Rechts gerade noch eingehalten, die Grenzen des Lärmschutzes aber schon überschritten werden. Lärmkontrollen sind



Bürgermeister Oehler (rechts) plädiert gegenüber Krichbaum, Singer und Bilger (von links, vorne) für verkehrsbauliche Maßnahmen zur Lösung des Problems. Fotos: Friedrich

zumindest in solchen Fällen auch kurzfristig eine Möglichkeit, regte Bilger an. „So was spricht sich dann schnell rum.“ Perspektivisch muss jedoch die weiterführende Lösung her.

Geschwindigkeitsbegrenzungen könnten effektiv gegen Raser helfen, wenn man zugleich das Ortschild weiter nach oben versetzt, hinter die Einmündung in den Schönblick. Gleich auf Tempo 30 runter, wie es vielerorts eingeführt wurde, halte er aber auch dann nicht für eine richtige Lösung, räumte Bilger ein. „Das ständige Schalten,

Abbremsen und Anfahren verursacht manchmal mehr Lärm, als Tempo 40.“ Zudem führe es oft zu Ausweichverkehr.

Eine Einschätzung, die Wiernsheims Bürgermeister Karlheinz Oehler teilt. „Wenn ich im ersten oder zweiten Gang fahren muss, dann ist das oft lauter, als im dritten Gang.“ Insofern ärgert er sich auch, dass Tempo 30 als Schlagwort im Kontext zu Lärminderungen verwendet wird. „Das ist die moderne Zeit, in der man die Verpackung wählt und nicht den Inhalt.“ Tatsächlich bedürfe es Veränderungen im

Straßenverlauf. „Ohne die geht es nicht.“ Eine Idee hat er schon: eine Verkehrsverengung im Bereich der Bushaltestelle. Dazu müsste dann gegebenenfalls das Ortschild versetzt werden.

Ob das aber so einfach geht? In Wiernsheim hat man da eigene Erfahrungen gemacht. „Wir haben ein Ortschild mal hochgesetzt.“ Ergebnis: Ein Raser wurde gebremst, hat dagegen geklagt und bekam Recht. „weil das Ortschild falsch angebracht war und daher auch die Tempobegrenzung rechtswidrig war“, erzählte Oehler. Tatsächlich muss deshalb die Straßenverkehrsbehörde mit ins Boot geholt werden, betonte Singer.

„Einer der Kernpunkte wird die Ausführungsverordnung zur Straßenverkehrsordnung sein“, verriet er. Die sehe „in der Regel“ vor, dass die Ortstafel dort steht, „wo die geschlossene Bebauung auf einer Seite beginnt und eine Erschließung der Grundstücke stattfindet.“

Bilger will mit seinen Fachleuten diskutieren, ob in Fällen wie in Iptingen, wo eine Bushaltestelle im relevanten Bereich zu finden ist, auch eine andere Lösung möglich sein kann.

„Die Straßenverkehrsordnung kann man ändern“, bemerkte er, gab aber zu bedenken: „Das ist der längere Weg.“ Und Einschränkungen für Motorradfahrer seien auch nicht so einfach auf den Weg zu bringen, wie es sich anhören mag. „Da hängt viel an EU-Recht.“ Schneller geht's aus seiner Sicht, wenn sich Land, Kreis und Gemeinde auf eine Lösung einigen: „Der Schlüssel liegt vor Ort.“

**WWW.VKZ.DE**

### Frage der Woche:

Das Vaihinger Strandleben läuft, der 400 Quadratmeter große Sandstrand auf dem Marktplatz vor dem Rathaus lässt seit Ende Juli ein wenig Urlaubsfeeling aufkommen. Wie finden Sie das?

- Ich finde das grandios und gehe bei jeder Gelegenheit hin.
- In Zeiten von Corona habe ich keine Lust auf einen Strandbesuch.
- Ohne das Strand-Café macht mir das Strandleben keinen Spaß.

Jetzt bis 27. August, 12.00 Uhr, unter [www.vkz.de](http://www.vkz.de) abstimmen

### In der Vorwoche online am häufigsten geklickt:

- Polizei: Tod im Schrebergarten
- Eberdingen: Vier gegen einen gibt's hier nicht
- Vaihingen: Nach dem Horror-Wochenende greifen die Maßnahmen

# Anlagen sollen weiterlaufen können

Jürgen Walter: Potenzial älterer Fotovoltaikanlagen im Landkreis Ludwigsburg nicht verschenken.

**LUDWIGSBURG (p).** Im kommenden Jahr endet die Förderung durch das EEG für die ersten Fotovoltaikanlagen in Deutschland. In Baden-Württemberg betrifft das bis 2025 rund 30 000 meist relativ kleine Post-EEG-Anlagen mit 227 Megawatt installierter Leistung und einer Durchschnittsgröße von 5,3 kW. Das sind rund 3,6 Prozent der in Baden-Württemberg installierten Fotovoltaik-Leistung, heißt es in einer Mitteilung von Jürgen Walter, Mitglied des Landtags für die Grünen und Vorsitzender des Arbeitskreises Umwelt, Klima und Energiewirtschaft.

Auch im Landkreis Ludwigsburg könnte dies für 500 bis 1000 Anlagen gelten. Zudem sind auch Bürgerenergieanlagen betroffen, wie zum Beispiel die Bürgersolaranlage auf der Sporthalle in Kirchheim am Neckar mit einer Leistung von 40 Kwp. Nach derzeitiger Stand wären sie nach Angaben der Betreiber nicht mehr wirtschaftlich, weil auch auf den Eigenstromverbrauch Abgaben geplant seien.

„Die älteren Anlagen sind meist noch voll funktionsfähig und könnten nach Schätzung von Experten weitere fünf bis zehn Jahre ihren Beitrag zur Energiewende leisten. Allerdings hapert es derzeit an den

richtigen Rahmenbedingungen. Umständliche Bürokratie und verschiedene überzogene Pflichten führen im Moment noch dazu, dass es für die viele dieser Anlagen teurer wäre, weiter Strom zu erzeugen, diesen selbst zu verbrauchen und/oder ins Netz einzuspeisen, als die Anlage abzuschalten“, erläutert Walter weiter.

### Bundesratsinitiative aus Baden-Württemberg und Lösungen bei diversen Stadtwerken

Das komme daher, dass diese Anlagen ihren Strom nur über die „sonstige Direktvermarktung“ verkaufen müssten. Allerdings sei diese mit ihren Regelungen ursprünglich für den Verkauf von Strom aus größeren Windparks konzipiert und könnte nicht ohne weiteres so wirtschaftlich sinnvollen Kosten bei kleinen PV-Anlagen angewandt werden.

So verlangen beispielsweise Direktvermarkter oft mehrere Hundert Euro im Jahr – weit mehr als man mit einer kleinen Fotovoltaik-Dachanlage erlösen kann. Zudem wüssten viele Betreiber noch gar nicht, dass

sie ihre Anlage nicht einfach so weiterlaufen lassen und den Strom ohne EEG-Förderung „wild“ einspeisen dürfen. Der Bund müsse unbedingt die Weichen richtig stellen, fordert Walter. Die Anlagen bräuchten keine Förderung mehr, aber die Rahmenbedingungen müssten so sein, dass es nicht teurer sei die Anlage weiter zu betreiben als sie abzustellen. Walter begrüßt daher die Bundesratsinitiative des Landes Baden-Württembergs, die genau diese Weichenstellungen vorsieht und einen wirtschaftlichen Betrieb der Kleinanlagen ermöglichen will. Sollte der Bund nicht für die entsprechenden Rahmenbedingungen sorgen, seien die Stadtwerke gefragt, den Anlagenbetreibern unbürokratische Lösungen anzubieten, so wie das beispielsweise die Stadtwerke Soest praktizieren.

Das Projekt der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim zur Vernetzung vieler kleiner Fotovoltaikanlagen zu einem virtuellen Kraftwerk, in das auch ausgeforderte Anlagen integriert werden können, begrüßt Walter. „Wir müssen hier alle Möglichkeiten nutzen, die Energiewende voranzutreiben. Die Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim sind hier auf dem richtigen Weg.“

## Im Kasten



Achtung Gegenverkehr! Reger Betrieb auf der Enz in Vaihingen.

Foto: Arning